



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Donnerstag, 15.12.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1	Verabschiedung des Haushaltsplan 2012 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2011-2015 - ggf. Entscheidung zu Anträgen zum Haushalt	Vorl.Nr. 436/11
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Zur Abstimmung kommt das Änderungsverzeichnis zum Haushalt 2012, Vorl.Nr. 575/11 (siehe TOP 1.3).

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 575/11.

TOP 1.1	Haushaltsplan 2012 - Entwurf (ANLAGE)	Vorl.Nr. 437/11
---------	---------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Zur Abstimmung kommt das Änderungsverzeichnis zum Haushalt 2012, Vorl.Nr. 575/11 (siehe TOP 1.3).

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 575/11.

TOP 1.2	Vorstellung der Ergebnisse/Auswirkungen der Gemeinderatsklausur auf das Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2012	Vorl.Nr. 455/11
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Zur Abstimmung kommt das Änderungsverzeichnis zum Haushalt 2012, Vorl.Nr. 575/11 (siehe TOP 1.3).

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 575/11.

TOP 1.3

Haushaltsplan 2012 - Änderungsverzeichnis

Vorl.Nr. 575/11

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2012 sowie der Haushaltsplan 2012 und die mittelfristige Finanzplanung 2011 - 2015 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 436/11) und den der Vorl. Nr. 575/11 beigefügten Änderungslisten beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
 Stadtrat Dr. Heer (krank)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Lutz

Ja 29 Nein 2 Enthaltung 6

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 575/11 die Änderungen dar, die sich durch die Orientierungsdaten des Landes auf Basis der Novembersteuerschätzung und im Rahmen der Haushaltsberatungen ergeben hätten. Der Verwaltungshaushalt verbessere sich im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf um ca.390 000 €, sodass dem Vermögenshaushalt rund 9,5 Mio. € zugeführt werden könnten. Im Vermögenshaushalt selbst seien zum Ausgleich 7,75 Mio. € aus der Allgemeinen Rücklage notwendig. Im gesamten Finanzplanungszeitraum werde man aus heutiger Sicht rund 30 Mio. € aus den Rücklagen entnehmen müssen. In der Summe werde man dadurch das selbstgesetzte Ziel des vierfachen des Mindestrücklagenbestandes unterschreiten. Erfreulich sei dennoch, dass man voraussichtlich über den gesamten Finanzplanungszeitraum ohne Kreditaufnahmen auskommen und den Schuldenstand zudem durch regelmäßige Tilgungen werde reduzieren könne. Weiter verleiht Herr Kiedaisch seiner Hoffnung darauf Ausdruck, dass auf Basis der jetzigen Planung ein Nachtragshaushalt 2012 nicht erforderlich werde. Stattdessen werde die Verwaltung jedoch einen Finanzzwischenbericht zum Halbjahr 2012 vorlegen. Zusammenfassend hält er fest, dass die finanzielle Lage Ludwigsburg im Vergleich zu anderen Kommunen sehr komfortabel sei, wozu insbesondere auch die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen beigetragen hätten. Er wolle daher nochmals dafür werben, diesen Kurs der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auch in Zukunft beizubehalten.

Stadtrat **Herrmann** freut sich darüber, dass die Stadt Ludwigsburg finanziell sehr gut dastehe. Die erwarteten Steuereinnahmen seien sogar noch höher als vor der Wirtschaftskrise. Besonders gefalle ihm, dass man im Bereich Kunst und Kultur habe Wort halten und die in finanziell schwierigen Zeiten vollzogenen Kürzungen auf Grund der besseren wirtschaftlichen Situation zurücknehmen können. Bezug nehmend auf die Beratung der Haushaltsanträge der Fraktionen

betont er, für seine Fraktion habe ein auf Dauer finanzierbarer Haushalt mit erträglichen Belastungen für alle Bürger oberste Priorität. Er anerkenne und bekräftige insofern die strenge Ausgabendisziplin der Verwaltung. Weniger gefallen habe ihm, dass nach Vorlage des HH-Entwurfs von Verwaltungsseite noch einzelne Erhöhungen nachgereicht worden seien. Insgesamt stimme seine Fraktion dem Haushaltsplan 2012 geschlossen zu.

Dem Haushaltsplan zustimmen will auch Stadtrat Dr. **Bohn**. Die öffentlichen Beratungsrunden hätten gezeigt, dass die Mehrheit des Gemeinderats in der Definition und Beurteilung von Zielen nicht grundsätzlich auseinander liege. Differenzen habe es jedoch über die Wege zur Zielerreichung gegeben. Beispielsweise halte es die SPD-Fraktion für einen groben Fehler, dass sich keine Mehrheit für die zwingend notwendige Korrektur der Realsteuer-Hebesätze gefunden habe und man auch keine Brücke im Sinne eines Vorratsbeschlusses für das Jahr 2013 habe bauen können. Wichtig sei ihm auch die Feststellung, dass man ins Personal investieren müsse, wenn man eine leistungsfähige Verwaltung haben und erhalten wolle. Abschließend stellt er fest, dass das Investitionsprogramm 2012 mit Schwerpunkten auf Bildung und Betreuung sowie einer leistungsfähigen Infrastruktur in die richtige Richtung gehe.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, die FW-Fraktion sehe den Haushaltsplan mit Finanzplanung und Investitionsprogramm zwiespältig. Die einzelnen Fraktionsmitglieder fänden sich mehr oder weniger im Haushaltsplan wieder und würden entsprechend abstimmen. Zwiespältig sei auch die Lage im Bereich Bildung und Betreuung. Dass hier 2012 bis 2015 keine Abstriche gemacht werden müssten, sei einerseits erfreulich und wünschenswert. Auf der anderen Seite handle es sich hierbei um Aufgaben, die vorrangig dem Bund und dem Land zufielen. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden müsse in diesem Zusammenhang dringend gestärkt werden. Sehr zufrieden hingegen sei er damit, dass man weder für 2012 noch für 2013 eine Steuererhöhung beschlossen habe. Steuererhöhungen könne er nur bei unabweisbarer Notwendigkeit und keinesfalls als Vorratsbeschluss zustimmen. Seine Fraktion verkenne nicht, dass die Stadtverwaltung Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich durchgesetzt habe und unterstütze dies auch in den kommenden Jahren. Steuererhöhungen seien nur das letzte Mittel und nicht beliebig oft möglich, daher müsse das Ziel sein, mit den vorhandenen Einnahmen auszukommen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** vertritt die Ansicht, man habe mit dem Verzicht auf eine Steuererhöhung eine wichtige Chance vertan. Wenn man nicht in Zeiten einer guten Konjunktur Steuern erhöhen und finanziell Vorsorge für schlechtere Zeiten treffen könne, müsse man sich fragen, wann dies überhaupt noch möglich sein solle. Auch sie anerkenne das Bemühen der Verwaltung um eine Haushaltskonsolidierung und einen verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen, von einem wirklich generationengerechten Haushalt sei man aber noch weit entfernt. Lobend erwähnt sie, die geplanten Investitionen im Bereich Bildung und Betreuung gingen aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die richtige Richtung. Ihre Fraktion könne daher dem Haushaltsplan zustimmen und hoffe, dadurch eine gute Grundlage für die positive Weiterentwicklung der Stadt zu schaffen.

Stadtrat **Heer** verweist auf die inhaltlichen Stellungnahmen der FDP-Fraktion im Rahmen der Beratungen zu den Fraktionsanträgen zum Haushalt. Heute wolle er daher schwerpunktmäßig lediglich auf das Thema Anhebung der Realsteuersätze eingehen. Seine Fraktion habe dabei seit langem den Standpunkt vertreten, dass die Hebesätze nicht erhöht werden sollten und dass auch kein entsprechender Vorratsbeschluss für 2013 gefasst werden solle. Stattdessen müssten die Ausgaben den vorhandenen Einnahmen angepasst werden. Besondere Vorsicht sei daher bei Investitionen und sonstigen Ausgaben geboten, die auf lange Sicht zwangsläufig zu Folgekosten führten. Er sehe es als Aufgabe der Stadtverwaltung, Aufgaben entsprechend der finanziellen Möglichkeiten zu schieben, nötigenfalls zu streichen oder entsprechende Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Dem Haushaltsplan für das Jahr 2012 könne er heute zustimmen.

Stadtrat **Hillenbrand** nimmt auch im Namen von Stadträtin Burkhardt Stellung. Er stellt in Aussicht, dass die Zuführung zum Vermögenshaushalt in den kommenden Jahren noch weiter zurückgehen werde und dass dies auf Dauer nicht ausreiche. Auch das Abschmelzen der

Rücklagen und die Unterschreitung des selbstgesetzten Mindestbestandes dieser Rücklagen seien auf Dauer nicht durchzuhalten. Bisher habe man zur Erhöhung der Einnahmeseite nur die Bürger und insbesondere die Eltern belastet. Lehne man jetzt eine Erhöhung der Gewerbesteuer ab, lehne man auch eine gerechte Steuerverteilung ab. Durch verschobene Investitionen und die Verschlechterung des städtischen Vermögens gehe dies zudem eindeutig zu Lasten folgender Generationen. Er freue sich darüber, dass die Reduzierung der Zuschüsse an Vereine aufgehoben worden sei, auch wenn Einsparungen und Systemveränderungen bei den Abenteuerspielplätzen nicht rückgängig gemacht worden seien. Abschließend betont er, dass für ihn und Stadträtin Burkhardt die Diskussion und die eventuelle Einführung eines Bürger- und eines Naturhaushaltes große Bedeutung hätten. In beiden Fällen sehe er jedoch kein ernsthaftes Bemühen der Stadtverwaltung. In der Gesamtschau lehnten er und Stadträtin Burkhardt den Haushalt 2012 ab.

Stadträtin **Lange** bedauert, dass alle ihre Vorschläge und Anträge zur Einsparung oder zur Verschiebung von Ausgaben von der Mehrheit des Gremiums abgelehnt worden seien. Aus ihrer Sicht werde ein viel zu großer Teil der städtischen Einnahmen im Verwaltungshaushalt verbraucht und viel zu wenig für Investitionen zurückgelegt. Besondere Schwierigkeiten bereite, dass immer alles gleichzeitig und möglichst rasch gemacht werden müsse und sich keine Schwerpunkte ausmachen ließen. Anstatt zu reduzieren und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, würden Steuererhöhungen ins Spiel gebracht. Damit passe man aber die Einnahmen den Ausgaben an, obwohl eigentlich der umgekehrte der richtige Weg sein müsse. Sie regt an, alle Ludwigsburger in die Suche nach sicheren Wegen in die Zukunft einzubinden. Vom immer stärker werdenden Denken in Stadtteilen müsse man sich weg und hin zum Orientieren an der Gesamtstadt entwickeln. Aus den genannten Gründen werde sie sich enthalten.

OBM **Spec** fasst abschließend zusammen, dass im Rahmen der angestrebten Haushaltskonsolidierung der erste Blick selbstverständlich der Ausgabenseite und den dort eventuell noch vorhandenen Potentialen gelte. Wenn jedoch wie aktuell ein gesamtgesellschaftlicher Grundkonsens über die Notwendigkeit der zusätzlichen Anstrengungen im Bereich Bildung und Betreuung bestehe, müsse diese Mehrleistung auch durch entsprechende Einnahmen finanziert werden. Es mache keinen Sinn und sei schlichtweg unmöglich, laufende Ausgaben durch Vermögensverzehr oder einmalige, konjunkturell bedingte Mehreinnahmen zu finanzieren. Sodann lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 575/11 abstimmen.

TOP 2

Abschluss eines Stromkonzessionsvertrags mit
der
Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH

Vorl.Nr. 421/11

Beschluss:

Dem in Anlage zur Vorl. Nr. 421/11 beigefügten Konzessionsvertrag mit der Stadtwerke Ludwigsburg GmbH wird zugestimmt.

In § 3 Abs. 2 des Konzessionsvertrags wird das Datum 13.07.2005 durch das Datum 01.11.2006 ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und en bloc über die Vorl. Nrn. 421/11 und 490/11.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Lutz

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nrn. 421/11 und 490/11 werden en bloc zur Abstimmung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist nochmals darauf hin, dass der vorgeschlagene Konzessionsvertrag auf dem Musterkonzessionsvertrag des Städtetags Baden-Württemberg basiere. Er sei insofern gutachterlich geprüft und entspreche den gesetzlichen Anforderungen. Den Zielsetzung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 450/11 werde teilweise und insbesondere hinsichtlich der für die SWLB vorgeschlagenen Änderungen bereits durch den von der Verwaltung vorgeschlagenen Konzessionsvertrag Rechnung getragen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Stellungnahme des FBs Finanzen in der Vorl. Nr. 490/11.

Stadtrat Dr. **Vierling** betont, auch wenn den Zielsetzungen teilweise Rechnung getragen werde, sei es seiner Fraktion wichtig gewesen, Dinge auf die man besonderen Wert lege auch explizit zu nennen und schriftlich zu fixieren. Andernfalls gerieten diese im Alltag oftmals „unter die Räder“. Seine Fraktion wolle sich nicht gegen den vorgeschlagenen Mustervertrag sperren, jedoch müsse man diesen auch ohne schriftliche Fixierung dann im Alltag mit der erforderlichen Sensibilität in Einzelfragen, beispielsweise bei der Erdverkabelung oder zur Elektromobilität, handhaben.

Nach Abschluss der Beratungen stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 421/11 unter Berücksichtigung der in Vorl. Nr. 490/11 dargestellten Änderungen zur Abstimmung.

Der geänderte Konzessionsvertrag ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

TOP 2.1	Abschluss eines Stromkonzessionsvertrags mit der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH - Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Vorl.Nr. 490/11
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nrn. 421/11 und 490/11 werden en bloc zur Abstimmung aufgerufen.

Nach Abschluss der Beratungen stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 421/11 unter Berücksichtigung der in Vorl. Nr. 490/11 dargestellten Änderungen zur Abstimmung.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

Beschluss:

1. Dem Raumprogramm für das Kinder- und Familienzentrum vom 30. September 2011 wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat fasst den Grundsatzbeschluss zum Neubau des Kinder- und Familienzentrums in Poppenweiler auf der Grundlage der Raumbedarfsplanung und Grundrisskonzeption mit vorläufigen, geschätzten Baukosten (KG 200, 300, 400 + 700) von 2,70 Mio. EUR brutto. Die geschätzten Kosten für Außenanlagen (KG 500) betragen 200.000,- EUR. Für die Ausstattung (KG 600) wurden Kosten in Höhe von 230.000,- EUR geschätzt.
3. Vergabe von Planungsleistungen

3.1 Architekturplanung

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 2 - 8 sowie der Dokumentation in LPH 9 an das Büro VON M Architekten, Rosenbergstraße 93, 70193 Stuttgart auf der Grundlage des Angebotes vom 05.09.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 210.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

3.2 Planung Heizung/Lüftung/Sanitär

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 2 - 8 an das Ingenieurbüro IGP GmbH, Karlsruher Straße 34, 75179 Pforzheim auf der Grundlage des Angebotes vom 31.08.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 77.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

3.3 Planung Elektro

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 2 - 8 an das Ingenieurbüro IGP GmbH, Karlsruher Straße 34, 75179 Pforzheim auf der Grundlage des Angebotes vom 31.08.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 43.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

4. Die für den Betrieb des Kinder- und Familienzentrums erforderlichen zusätzlichen 8,2 Stellen werden im Stellenplan für das Jahr 2014 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Lutz

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 404/11 abstimmen.

TOP 3.1

"Schulcampus Innenstadt/Ergebnis der
Bedarfsprüfung Schul- und Vereinsbad /
Raumkonzept" - Raumprogrammabschluss -
Grundsatzbeschluss - Planungswettbewerb

Vorl.Nr. 199/11

Beschluss:

3. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg anerkennt, dass auch künftig in der Innenstadt ein Bedarf für den Schul- und Vereinsschwimmsport besteht und begrüßt die Absicht des Aufsichtsrats der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH als Ersatzinvestition für die marode Technik im Stadtbad ein energieeffizientes und modernes Schwimmbad für den Schul- und Vereinssport auf der Grundlage des beiliegenden Raumprogramms zu realisieren.
4. Der Gemeinderat hält sich die anschließende Option für eine anderweitige schulische Nutzung des Gebäudes des Stadtbads bis auf weiteres offen. Eine Entscheidung darüber wird zurückgestellt, bis belastbare Erkenntnisse aus der weiteren Entwicklung der Schulen im Campus der Innenstadt vorliegen.
5. Die Planung soll als beschränkt öffentlicher Wettbewerb nach RPW-Richtlinien in enger Abstimmung zwischen Aufsichtsrat und dem Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 28 Nein 8 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtete.

Stadtrat **Herrmann** berichtet, nach grundlegenden Beratungen, vielen Gesprächen und Diskussionen komme die CDU-Fraktion zu keinem einheitlichen Ergebnis. Ein Teil seiner Fraktion lehne einen Ersatzbau für die Bedarfe des Schul- und Vereinsschwimmens ab, da eine solche Investition hohe Folgekosten nach sich ziehen werde und noch nicht alle Alternativen detailliert

genug geprüft worden sein. Verschiedene Fraktionsmitglieder sähen auch einen eventuellen Ersatzbau und die Entscheidung über eine Nachnutzung des Stadtbades als logische Einheit, die nicht aufgelöst werden könne. Insofern stelle sich für diese Stadträte die Frage, ob es nicht mehr Sinn mache, die Entscheidung über einen Neubau zu verschieben. Ein anderer Teil der Fraktion sei der Ansicht, dass es auf dem Campus ohnehin zu wenige Bewegungsmöglichkeiten gebe und man auf Dauer eine gesicherte Schwimmmöglichkeit brauche. Das Stadtbad erziele bereits derzeit hohe Verluste und es sei nicht sichergestellt, dass diese nicht eines Tages spontan ausfalle. Für seine Nachnutzung müsse gemeinsam mit den Schulen, die hieran sehr interessiert seien, nach einer Lösung gesucht werden. Beide Teile der Fraktion seien sich jedoch einig, dass man unabhängig vom gewählten Vorgehen mit allen Beteiligten sehr genau abklären müsse, was für das Schul- und Vereinsschwimmen wirklich notwendig sei. Man könne sicher nicht alles Wünschenswerte umsetzen, sondern müsse vor allem die Finanzierbarkeit im Auge behalten.

Für die SPD-Fraktion erklärt Stadtrat **Griesmaier**, dass man das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen grundsätzlich positiv begleiten wolle. Dass das alte Stadtbad marode sei, stehe außer Zweifel. Zwischenzeitlich sei auch von einem Gutachter bestätigt, dass sich dieses nicht mehr zu vernünftigen Konditionen sanieren oder gar umbauen lasse. Auf Grund des hohen Bedarfs auf dem Campus nach zusätzlichen Sportmöglichkeiten und der zusätzlich möglichen Entlastung des Stadionbades sei ein Ersatzbau unumgänglich. Selbstverständlich müsse sich die Planung zunächst auf das tatsächlich notwendige beschränken. Erweiterte Funktionswünsche könnten erst in einem zweiten Schritt und bei einer überzeugenden Kosten-Nutzen-Relation berücksichtigt werden. Bezüglich des vorgesehenen Zeitfensters spricht sich Stadtrat Griesmaier für eine möglichst zeitnahe Umsetzung aus. Man könne eine Entscheidung über die Nachnutzung des Stadtbades nicht erst abwarten. Zu groß sei die Gefahr, dass der Schwimmbetrieb im maroden Stadtbad zwischenzeitlich eingestellt werden müsse und dann gar keine Schwimmmöglichkeit mehr zur Verfügung stehe.

Stadtrat **Weiss** freut sich darüber, dass man nach zwei Jahren Diskussionen und Abwägungen heute entscheidungsreif sei. Die FW-Fraktion habe einmütig erkannt, dass der Bedarf nach einer Schwimmmöglichkeit auf dem Campus sowohl bei den Vereinen als auch bei den Schulen gegeben sei. Mehrheitlich könnten die Mitglieder seiner Fraktion dieses Thema auch losgelöst von der Entscheidung über eine Nachnutzung des Stadtbades betrachten und daher stimme seine Fraktion der Verwaltungsvorlage auch mehrheitlich zu.

Stadtrat Dr. **Vierling** wendet sich an Stadtrat Herrmann und erkundigt sich, wo dessen Fraktionsmitglieder noch weitere Alternativen beim Stadionbad sähen und geprüft sehen möchten. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei der Bedarf nach einer zuverlässigen Schwimmmöglichkeit durch die nachvollziehbaren Argumente der Schulen und der Vereine belegt. Besonders überzeugend sei auch die Weg- und Zeitersparnis beim Schulschwimmen durch ein Bad auf dem Schulcampus. Andererseits müsse auch bedacht werden, dass bei einem eventuell ausfallenden Stadionbad die zusätzlichen abzudeckenden Sportstunden nicht über die Sporthallen im Campusbereich aufgefangen werden könnten. Seine Fraktion denke darüber hinaus auch an die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadtschulen, die mit einem attraktiven Angebot an Schulschwimmen sicherlich punkten könnten. Eine Sanierung des Stadtbades als Schwimmbad sei kostenmäßig, technisch und energetisch nicht darstellbar. Nichtsdestotrotz wolle er auf eine möglichst rasche Klärung der Anschlussnutzung drängen. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion der Verwaltungsvorlage einstimmig zustimmen.

Für die FDP-Fraktion spricht Stadtrat **Haag**. Er betont, dass ein Ersatzbau für Schul- und Vereinsschwimmen überhaupt nicht zur Diskussion stehen würde, wenn das Stadtbad funktionstüchtig wäre oder noch Perspektiven hinsichtlich Sanierung und Umbau hätte. Da letzteres jedoch marode sei, sei die Lage prekär. Ein spontaner Ausfall, der nicht kompensiert werden könne, müsse vermieden werden. Eine anderweitige Nachnutzung für das Stadtbad habe aus seiner Sicht derzeit keine Priorität, so dass der Ersatzbau hiervon abgekoppelt werden könne. Zwar dürfe man diese Frage auch nicht auf die lange Bank schieben, jedoch müsse man sich genügend Zeit für eine adäquate Lösung lassen. Mit einem Schnellschuss sei niemand geholfen.

Ein Neubau für Schul- und Vereinsschwimmen werde zudem auch positive Effekte auf das Stadionbad haben. Im gleichen Zuge, in dem dort die Mischnutzung durch das Vereinsschwimmen zurückgehe, sei ein Anstieg bei den Besucherzahlen zu erwarten. Insofern habe ein Neubau doppelten Nutzen: einerseits für die Schulen auf dem Campus und die Vereine, andererseits für die Freizeitnutzer des Stadionbads. Seine Fraktion werde der Verwaltungsvorlage daher zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt zu Protokoll:

„Unter Punkt 2 der Beschlussvorlage Nr. 199/11 ist zu lesen, dass eine Entscheidung über die weitere Nutzung des alten Stadtbades erst getroffen werden kann, wenn belastbare Erkenntnisse über die Schulentwicklung in der Innenstadt vorliegen. Diese Aussage gilt grundsätzlich auch für den Neubau. Der Nachdruck, mit dem anscheinend auf Wunsch eines Vereinsvorsitzenden der Neubau eines Bades in der Innenstadt durchgesetzt werden soll – meinetwegen auch ein Ersatzbau – stört uns sehr angesichts anderer wichtiger Schulprobleme wie der Sporthalle in der Oststadt oder der Sanierungsmaßnahmen in den Innenstadtschulen. Bedarf nach einem neuen Schwimmbad besteht beim Schwimmverein 08 Ludwigsburg, wie wir dem Brief des Vorsitzenden entnommen haben. Da der Verein aber seit 18 Jahren die Füße stillhält, wie der Vorsitzende in seinem Brief so hübsch schreibt, kann er unserer Meinung nach nicht verlangen, dass die Entscheidung über 6 plus x Millionen Investitionskosten – denn bei diesen 6 Millionen wird es wahrscheinlich nicht bleiben – innerhalb kurzer Zeit fällt. Und Herr Weiss, ich kann mich nicht erinnern, dass wir seit zwei Jahren über dieses neue Schul- und Vereinsbad diskutieren. Die Entscheidungsvorlage kam im Juli diesen Jahres auf den Tisch. Die Mehrheit des Gemeinderats, gerade auch die Befürworter des Neubaus – wie CDU und Freie Wähler – hat eine Erhöhung der Gewerbesteuer abgelehnt. Soll tatsächlich eine erhebliche Rücklagenentnahme für einen Badneubau erfolgen, der dem Verein vielleicht zusätzliche Veranstaltungen ermöglicht, dessen Nutzen für Schulen aber fragwürdig ist? Eine Neuplanung muss unserer Meinung nach in erster Linie die Bedürfnisse des Schulsports berücksichtigen. Natürlich besteht in der Innenstadt bei der großen Anzahl von Schülern im Schulcampus Bedarf für das Schulschwimmen. In der Vorl. Nr. 449/11 ist nachzulesen, dass die derzeit belegten Schulstunden mit dem neuen Bad nicht aufgefangen werden könne. Wir stellen deshalb die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, das alte Stadtbad ebenfalls für Schulsport und Vereinsnutzung zu sanieren. Für Grundschulkinder und abends für ältere Menschen ist das Bad durchaus zu nutzen nach einer Sanierung. Damit wäre auch die Frage der Weiternutzung des denkmalgeschützten alten Gebäudes des Stadtbades geklärt. Auch der Umbau in eine Mensa und eine Bücherei kostet Geld und zwar mit Sicherheit – wegen der notwendigen Trockenlegung der mit Feuchtigkeit seit 100 Jahren vollgesogenen Wände – weitaus mehr als eine Nutzung als Bad. Im Übrigen könnte dann während des Neubaus der Schwimmsport weitergeführt werden in dem alten Bad. Nicht nur der Schwimmverein, auch alle anderen an Schwimmbädern interessierten Vereine müssen in die Raumprogrammplanung mit einbezogen werden. Das ist schon deshalb wichtig, weil der Standort an der Seestraße für Wettkampfveranstaltungen offenbar auch nicht ausreicht. In den Vorlagen fehlen bisher wenigstens grobe Aussagen über die Folgekosten und was uns in den Unterlagen besonders stört ist der Eindruck, dass das Stadtbad ein altes „Glump“ ist, dessen weitere Verwendung nicht interessiert und das am besten so lange leer stehen soll, bis es von selbst zusammenfällt. Das Gebäude ist nicht ohne Grund von innen und außen denkmalgeschützt und gehört zum unverwechselbaren Bild der Stadt Ludwigsburg – genauso wie die Platanen in der Seestraße oder die Musikhalle am Bahnhof, die einstens auch abgerissen werden sollte und heute ein Schmuckstück der Stadt Ludwigsburg ist. Wenn man den barocken Charakter der Stadt nicht nur im Internet oder bei Ausschreibungen oder bei Stadtgründungsfeiern mit Jubelarien feiern will, muss eben auch einmal ordentlich Geld in Sanierungen gesteckt werden – besonders in Gebäude in die seit 20 Jahren offenbar zu wenig investiert worden ist. Wir könnten Punkt 1 und 2 der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Wir könnten Punkt 3 zustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, dass das alte Stadtbad in die Pläne einbezogen wird und demgemäß natürlich auch das Raumprogramm geändert werden muss.“

Stadträtin **Lange** kann der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen. Zuerst müsse man über eine Nachnutzung für das Stadtbad entscheiden und dann erst das Thema Ersatzbau – gegen das

grundsätzlich nichts zu sagen sei – angehen.

OBM Spec ist in der Gesamtschau überrascht über die Länge und Intensität der Beratungen. Die SWLB, die das Bad betrieben, seien nach gründlicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass es unvernünftig und viel zu teuer sei, das alte Stadtbad weiterzuführen. Nach intensiven Prüfungen und Untersuchungen aller Alternativen seien die Stadtwerke dann zu dem Ergebnis gekommen, dass das Vernünftigste ein Ersatzbau sei. Insofern müsse sich der Gemeinderat nur mit der Frage auseinandersetzen, ob man auch in Zukunft ein Bad benötige. Nur bei tatsächlichem Bedarf seien die SWLB bereit, sich für einen Neubau zu engagieren. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales habe diese Frage bereits geprüft und den Bedarf auch für die Zukunft bestätigt. Andererseits sei auch klar, dass die Campusschulen beim Thema Ganztage noch nicht soweit seien, dass eine endgültige Entscheidung über die Nachnutzung des Stadtbades getroffen werden könne. Auf Grund des prekären Zustandes des Stadtbades bleibe nichts anderes übrig als die beiden Fragen zu entkoppeln. Wichtig sei ihm noch die Feststellung, dass man das Stadtbad gewiss nicht „verfallen“ lassen, sondern auch hierfür baldmöglichst eine Lösung finden wolle. Sodann lasse er über die Vorl. Nr. 199/11 abstimmen.

TOP 3.2 Schul- und Vereinsbad im Schulcampus
Innenstadt

Vorl.Nr. 449/11

Beratungsverlauf:

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkt 3.1.

TOP 3.3 Schul- und Vereinsbad im Schulcampus
Innenstadt - Beantwortung der offenen Fragen

Vorl.Nr. 476/11

Beratungsverlauf:

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkt 3.1.

TOP 3.4 Gartenstraße 14, Mensa und Bewegungsraum
Raumprogramm und Grundsatzbeschluss

Vorl.Nr. 026/11

Beschluss:

6. Grundsatzbeschluss

Der Gemeinderat fasst den Grundsatzbeschluss zum Neubau der Ganztageseinrichtung mit Mensa und Bewegungsraum an der Gartenstraße 14 auf der Grundlage der Baugesuchsplanung (Stand 11.2011) mit vorläufigen, geschätzten Baukosten (KG 200, 300, 400 + 700) von 2,15 Mio. EUR

brutto. Die geschätzten Kosten für die Außenanlagen (KG 500) betragen 100.000,- EUR. Für die Ausstattung (KG 600) wurden Kosten in Höhe von 80.000,- EUR geschätzt.

2. Vergabe von Planungsleistungen

2.1 Architekturplanung

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 3 – 9 an das Büro Harris + Kurrle Architekten, Schottstraße 110, 70192 Stuttgart auf der Grundlage des Angebotes vom 24.11.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 135.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

2.2 Planung Heizung/Lüftung/Sanitär

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 1 - 8 an das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer + Partner, Sonnenhalde 52, 71642 Ludwigsburg auf der Grundlage des Angebotes vom 21.11.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 67.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

2.3 Planung Elektro

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 1 - 8 an das Ingenieurbüro IBB Burrer & Deuring GmbH, Karl-Heinrich-Käferle-Straße 6, 71640 Ludwigsburg auf der Grundlage des Angebotes vom 25.11.2011 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 42.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
 Stadtrat Dr. Heer (krank)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 026/11 zur Abstimmung.

TOP 4

Neufassung Sportförderrichtlinien

Vorl.Nr. 440/11

Beschluss:

Die dem Protokoll in der Anlage 2 beigefügten „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ treten zum 01.01.2012 in Kraft und lösen die bisherigen Förderrichtlinien (siehe Anlage 3 zur Vorl. Nr. 440/11) ab.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass entsprechend der Vorberatungsergebnisse im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt kleinere Veränderungen an den Formulierungen der Präambel und des § 15 der neuen Sportförderrichtlinien vorgenommen worden seien. Inhaltliche Änderungen ergäben sich hieraus nicht.

Die entsprechend geänderten Richtlinien sind dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 440/ unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen abstimmen.

TOP 5	Scala Kultur gGmbH - Bereich Scala Live Kultur - Zuschuss und Programm 2012	Vorl.Nr. 576/11
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Den Programmplanungen 2012 des Scala Live Kultur, als Teil der Scala Kultur gGmbH, wird zugestimmt.
2. Der Zwischenbericht zur Spielzeit 2011 wird zur Kenntnis genommen.
3. Für den Haushalt 2012 wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2012 durch den Gemeinderat, für Scala Live Kultur ein Förderbetrag von 209.650 € genehmigt. (Betrag beinhaltet eine Rücknahme der Zuschusskürzung seit 2009 und wurde vorsorglich bereits im Haushaltsentwurf berücksichtigt.)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und überwiegend mehrheitlich auf Aussprache.

Stadtrat Dr. **Vierling** erinnert an die besonderen Herausforderungen, denen Scala Live im Jahr 2012 insbesondere hinsichtlich der Spielstätte gegenüberstehen werde. Er könne sich schlecht einen „Sommerschlaf“ von April bis September vorstellen. Er regt an zu prüfen, ob die Scala-Termine nicht in anderen Sälen in Ludwigsburg, die ihrerseits teilweise schlecht ausgelastet seien, untergebracht werden könnten. Abschließend kündigt er an, dass sich Teile der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute der Stimme enthalten würden.

OBM Spec lässt im Anschluss über die Vorl. Nr. 576/11 Beschluss fassen.

TOP 6

Parkraumkonzept Ludwigsburg Oststadt -
Vorschlag zur stufenweisen Einführung einer
Parkraumbewirtschaftung

Vorl.Nr. 386/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 6 bis 6.2, Vorl. Nrn. 386/11, 570/11 und 590/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Eingangs erinnert BM **Schmid** an die zentrale öffentliche Veranstaltung, die zahlreichen Gespräche, die man daneben mit den unterschiedlichsten Personen und Interessensgruppen geführt habe, sowie die diskutierten Varianten. Man sei sich immer grundsätzlich einig gewesen, dass Parkraum ein knappes Gut sei, das mit öffentlichen Geldern unterhalten werde und mit dem man daher gerecht und solidarisch umgehen müsse. Unter diesem Aspekt sowie in Anbetracht der Zielsetzung, Mobilitätsgewohnheiten, Luftschadstoffe und Lärmschutz positiv zu verändern, seien kostenlose Parkplätze ein falsches Signal. Mit der vorgeschlagenen Variante zwei wolle man den Interessen der Anwohner nach einer verkehrlichen Entlastung Rechnung tragen. Gleichzeitig anerkenne man auch die Wünsche der in der Oststadt Beschäftigten. Die Variante 2 gebe diesen Zeit, sich mit den veränderten Bedingungen auseinanderzusetzen und möglicherweise auf Alternativen wie den ÖPNV oder Fahrgemeinschaften umzusteigen. Mit dem angebotenen Beschäftigten-Ticket, mit dem man zum Preis von 25 € im Monat weiterhin parken könne, komme man auch denjenigen entgegen, die aus den unterschiedlichsten Gründen auf den eigenen PKW angewiesen seien. BM Schmid stellt weiter klar, dass das neue Parkraumkonzept in der Gesamtschau zusätzliche Parkplätze in der Hindenburgstraße schaffe und keine abschaffe, wie dies oftmals dargestellt werde. Zudem sei die Verwaltung bemüht im Zuge der Gesamtkonzeption weiteres Parkpotential in der Oststadt aufzuspüren. Zu dem von Stadtrat Lettrari vorgelegten

Antrag Vorl. Nr. 570/11 verweist BM Schmid darauf, dass dieser in der Vorberatung vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt bereits diskutiert und abgelehnt worden sei.

Stadtrat **Lutz** verweist auf die Stellungnahme der CDU-Fraktion und die sonstige Diskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. In diesem Zusammenhang sei häufig das Argument vorgebracht worden, dass man im Breuningerland kostenlos Parken könne und in der Innenstadt nicht. Es sei ihm ein großes Anliegen klarzustellen, dass dem nicht so sei. Viele Innenstadt Händler vergäben „Parkeschön“-Karten an Kunden, die diesen ein kostenfreies Parken ermöglichen. Wichtig sei ihm auch die Feststellung, dass die Monatsgebühren, die die Stadt künftig von Dauerparkern in der Oststadt verlangen wolle, im Vergleich zu Monatskarten in den städtischen Parkhäusern sehr günstig und bezahlbar seien. Die sogenannte kleine Lösung, die stufenweise Einführung des Parkraumkonzepts oder auch der von den Freien Wählern vorgelegte Antrag berge aus Sicht seiner Fraktion die Gefahr, dass der Parksuchverkehr nicht eingedämmt, sondern lediglich weiter nach Osten in andere Wohngebiete verlagert werde. Aus diesen Gründen spreche sich seine Fraktion mehrheitlich für die große Lösung, also Variante 3, aus.

Stadträtin **Schittenhelm** bestätigt die Problematik des aktuellen Nutzungskonfliktes zwischen Anwohnern, Beschäftigten und Tagesbesuchern. Sie ruft ins Gedächtnis, dass Ziel der Parkraumkonzeption in allererster Linie die Verbesserung der Situation im Wohnumfeld gewesen sei und nicht die Generierung von Einnahmen. Wenn das Parkticket einen zumindest teilweisen Umstieg der Beschäftigten auf den ÖPNV bewirke, sei dies ein positiver Nebeneffekt. Wo dies nicht möglich sei, seien die Preise für ein Monats-Parkticket moderat. Die Innenstadt an sich brauche im Wettbewerb mit dem Breuningerland den Verlust der kostenlosen Parkplätze auf der Bärenwiese nicht zu fürchten. Sie sei insgesamt gut genug aufgestellt, um sich alleine auf das Parkangebot verlassen zu müssen. Einer Prüfung der von der FW-Fraktion per Antrag vorgeschlagenen Öffnung des Innenhofs der Karlskaserne stehe die SPD-Fraktion aufgeschlossen gegenüber. Abschließend stellt Stadträtin Schittenhelm klar, dass innerhalb ihrer Fraktion auch kritische Stimmen zum Parkraumkonzept Oststadt gebe, der Rest der Fraktionsmitglieder jedoch die Variante 3 als einzig logisches Konzept betrachte.

Stadtrat **Glasbrenner** anerkennt die von seiner Vorrednerin angesprochenen Nutzungskonflikte. Allerdings seien diese nur in engen Grenzen regulierbar und nur dort, wo für mindestens eine der Nutzergruppen eine echte Verbesserung zu erzielen sei. Dies sehe er hier nicht. Neben den Beschäftigten der in Oststadt ansässigen Betriebe und Behörden – die man im übrigen sehr gerne in der Innenstadt habe – seien auch Besucher des Forums und des Blühenden Barocks sowie der Innenstadt auf der Suche nach Parkplätzen. Daneben gebe es die Anwohner, die durch den Parkdruck beeinträchtigt würden. Nehme man deren Interessenlagen zusammen, sei es für ihn offensichtlich, dass eine Parkplatzbewirtschaftung alleine das Problem nicht lösen könne. So werde der Verkehr nur weiter verdrängt und in den Außenbereich verlagert. Bei einem solchen Vorgehen gewinne keiner. Es gebe keinen einzigen Stellplatz mehr, dafür jedoch steigende Kosten für Beschäftigte und Innenstadtbesucher. Hieraus resultiere – und da widerspreche er auch seiner Vorrednerin – eine Gefahr für die Innenstadt in der Konkurrenz mit dem Breuningerland, welches kostenlose Parkplätze anbieten könne. Aus allen diesen Gründen schlage die FW-Fraktion mit Antrag Vorl. Nr. vor, mit der Bewirtschaftung des Ostteils der Bärenwiese einen gewissen Umschlag zu schaffen und damit den Bedürfnissen des Forums und des Blühenden Barocks entgegen zu kommen. Darüber hinaus solle der bestehende Parkdruck durch die Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen, unter anderem auch in der Karlskaserne, reduziert werden. Eine Konkurrenz zwischen parkenden Beschäftigten und Nutzern der Karlskaserne sehe er auf Grund der unterschiedlichen Nutzungszeiten nicht.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt Stadträtin **Klett-Heuchert** das Parkraumkonzept. Öffentlicher Raum sei knapp und könne nicht ausschließlich den Autofahrern zum Parken vorbehalten werden. Parkgebühren gehörten ebenso zum Autofahren wie die Benzinpreise. Wenn im Breuningerland mit kostenlosen Parkflächen geworben werde, sei dies nicht ganz richtig. Die Vorhaltung dieser Flächen gehe im Endeffekt ein in die Preisgestaltung der angebotenen Produkte. Unverständlich sei ihrer Fraktion die Reaktion der betroffenen Unternehmen und Behörden. Diese

sollten in erster Linie ihre Beschäftigten unterstützen, beispielsweise mit Zuschüssen zu ÖPNV-Tickets. Den Antrag der FW-Fraktion, den Hof der Karlskaserne zum Parken freizugeben, lehne ihre Fraktion ab und folge bei der Begründung der Stellungnahme des Kunstzentrums. Es sei schlichtweg nicht möglich, das Parken zu kontrollieren. Zudem werde der Platz zum Proben genutzt und der Schutz der Schülerinnen und Schüler gehe eindeutig vor. Daher stimme ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag und insbesondere der Variante 3, über die zuerst abgestimmt werden solle, zu.

Stadtrat **Haag** erinnert daran, dass das in den 50er- bis 70er-Jahren verfolgte Konzept einer autogerechten Stadt bereits seit langem als nicht realisierbar identifiziert worden sei. Es sei auch nicht Aufgabe einer Stadt, kostenlosen Parkraum für private und gewerbliche Nutzer her und zur Verfügung zu stellen. Insgesamt fehlten laut den Kenndaten der Verwaltungsvorlage im betroffenen Bereich ohnehin zwischen 500 und 1000 Stellplätzen. Die vorhandenen Plätze würden bereits frühmorgens von den Beschäftigten der Behörden und Unternehmen beparkt, so dass später kommende Besucher der Stadt oder des Blühenden Barocks kaum mehr Chancen auf einen Stellplatz hätten. Unter diesen Voraussetzungen sei der Konflikt zwischen Anwohnern und Parkplatzsuchenden wohl nicht zu lösen, sondern maximal abzumildern. Weil insgesamt die Gefahr bestehe, dass sich das Problem nicht löse, sondern lediglich verlagere, tendiere auch die FDP-Fraktion grundsätzlich zur Variante 3.

Stadträtin **Burkhardt** hält es Angesichts der Zahl der Parkplätze für unmöglich, die Bedarfe alle Beteiligten in Einklang zu bringen. Deshalb müsse man andere Wege suchen. Vernünftige Planungen zum Thema Mobilität dürften nicht dazu führen, Verkehr von einer Straße in die nächste zu verlagern. Genau dies passiere jedoch bei einer Zustimmung zur Variante 2, deren Leidtragende dann die Anwohner beispielsweise der Alt-Württemberg-Allee seien. Nichts desto trotz sei eine Parkraumbewirtschaftung notwendig, da der Parkraum zu knapp sei. Im Übrigen vertritt sie die Ansicht, dass mit dem Parken auf öffentlichen Straßen und Plätzen öffentlicher Raum privatisiert werde. Von der von BM Schmid vorgeschlagenen Suche nach weiteren Parkmöglichkeiten in der Oststadt sei sie daher wenig begeistert. Insgesamt favorisiere sie die Variante 3 und beauftrage die Verwaltung, nach einem Jahr über die gemachten Erfahrungen zu berichten. Dabei solle auch auf die Zahl der eventuell mehr verkauften ÖPNV-Tickets und entsprechende Angebote der Firmen und Behörden in der Oststadt an die eigenen Mitarbeiter eingegangen werden.

Stadtrat **Rehholz** schließt eine persönliche Stellungnahme an. Er sei auch heute noch nicht überzeugt von dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Konzept. Zwar anerkenne er, dass es keinen Anspruch auf kostenlose Parkplätze gebe und auch ein Monats-Parkticket zum Preis von 25 € ein Entgegenkommen der Stadt sei. Allerdings dürfe nicht nur auf Ansprüche und finanzielle Komponenten Rücksicht genommen werden, sondern es müsse auch die Frage nach dem Sinn eines solchen Konzepts gestellt werden. In der Oststadt gebe es vereinzelt vormittags Parkprobleme, insbesondere in der Spitzenzeit gegen 11 Uhr vormittags. Eine Bewirtschaftung von 9 bis 18 Uhr sei unter dieser Prämisse überzogen. Auch seien ihm persönlich keine Beschwerden von Anwohnern bekannt. Diese hätten sich weder bei der öffentlichen Diskussionsveranstaltung, noch in Leserbriefen zu Wort gemeldet. Belastet seien in erster Linie die Teilzeitbeschäftigten in der Oststadt, die in fast allen Fällen aus familiären Gründen auf die Nutzung des PKWs angewiesen seien. In zweiter Linie werde die Parkraumbewirtschaftung die Anwohner zusätzlich verärgern, da diese künftig ebenfalls monatliche Parkgebühren zu entrichten hätten und damit trotzdem keinen Anspruch auf einen Parkplatz erwerben könnten. Ob die Stadt von der Bewirtschaftung profitiere, sei auch eher unwahrscheinlich. Man verzichte auf kostenlose Parkmöglichkeiten, mit denen die Stadt bisher im Wettbewerb um Kunden habe punkten können. Zudem habe man den zu erwartenden Einnahmen bisher die für die Überwachung des Parkraums notwendigen Personalkosten noch nicht gegengerechnet.

Auch Stadträtin **Moersch** gibt eine persönliche Stellungnahme ab, da sie anders abzustimmen gedenke als ihre Fraktion. Sie selbst kenne kaum Parkprobleme in der Oststadt und auch bei der Bürgerveranstaltung im Forum hätten sich die Anwesenden gegen ein Parkraumkonzept

ausgesprochen. Aus ihrer Sicht biete das Parkraumkonzept weder für die Stadt noch für die Betroffenen wirkliche Vorteile, letztere lehnten es sogar ab. Aus diesen Gründen könne aus sie dem Parkraumkonzept nicht zustimmen. Was die Öffnung des Hofes der Karlskaserne anbelange, so könne sie sich diese nur in den Vormittagsstunden vorstellen.

Im Anschluss an die Beratung lässt OBM **Spec** zunächst über den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Kirnbauer abstimmen, die Vorlagen zur nochmaligen Beratung an die gemeinderätlichen Ausschüsse zurückzuverweisen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Als weitergehender Antrag wird sodann die Vorl. Nr. 570/11 zur Abstimmung aufgerufen (siehe Tagesordnungspunkt 6.1).

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Anschließend wird über die verbleibenden Ziffern 2 und 3 der Vorl. Nr. 590/11 abgestimmt (siehe Tagesordnungspunkt 6.2).

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 19 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 30 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Hillenbrand

TOP 6.1	Antrag zur Änderung der Vorl. Nr. 386/11 Parkraumkonzept - Antrag des Stadtrats Lettrari (REP) vom 04.12.2011	Vorl.Nr. 570/11
---------	--	-----------------

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Variante 3 (der Vorl. Nr. 386/11) zu und diese Variante sollte bis zum Jahres Ende 2013 zum Abschluss gekommen sein.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 22 Nein 16 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.

TOP 6.2

Parkraumkonzept Ludwigsburg Oststadt
- Antrag der FW-Fraktion vom 15.12.2011

Vorl.Nr. 590/11

Beschluss:

Zur Verbesserung der Parksituation in der Oststadt im Anschluss an den Innenstadtbereich wird folgende Parkierungsregelung getroffen:

1. *keine Abstimmung*
2. Als zusätzliche Parkmöglichkeit wird der Hof der Karlskaserne werktags von 7:00 Uhr bis 13:00 Uhr frei gegeben.
3. Der Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen im Bereich Hindenburgstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Über die Ziffer 1 findet auf Grund der zuvor erfolgten Beschlussfassung über die Vorl. Nr. 570/11 keine Abstimmung statt.

Die Abstimmung über die Ziffern 2 und 3 erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 19 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 30 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.

TOP 7

Bebauungsplan "Asperger Straße" Nr. 012/12
- Aufstellungsbeschluss -

Vorl.Nr. 581/11

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes
„Asperger Straße“ Nr. 012/12
wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 30.11.2011 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist es, die vorhandene Struktur und die Freiflächen im Blockinnenbereich zu sichern, um einer möglichen Wohnqualitätsminderung durch eine Nachverdichtung entgegenzuwirken.
- III. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen/.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)

Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss
Stadtrat Striegel
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat Griesmaier
Stadtrat Meyer
Stadtrat Kirnbauer
Stadtrat Lettrari
Stadtrat Seybold
Stadträtin Kopf

Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec ruft die Vorl. Nr. 581/11 zur Abstimmung auf.

TOP 8 Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2.

**TOP 8.1 Abwassergebührenkalkulation und Neufassung Vorl.Nr. 500/11
der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)**

Beschlussvorschlag:

1. Der dem Gemeinderat vorgelegten Gebührenkalkulation 2011 (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 500/11) wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt. Die Aufteilung der Kosten auf die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt nach den in der Gebührenkalkulation erläuterten Grundsätzen.
2. Für die Entwässerung der öffentlichen Verkehrsflächen wurde in der Gebührenkalkulation für die Abwasserbeseitigung ein Abzug bei den laufenden und kalkulatorischen Kosten sowie den Zuschüssen vorgenommen (Straßenentwässerungsanteil).

3. Die Gebührensätze werden im Rahmen der Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung auf **1,41 EUR je Kubikmeter Schmutzwasser** und auf **0,28 EUR je Quadratmeter gewichtete versiegelte Fläche** für die Beseitigung des Niederschlagwassers rückwirkend zum 01.01.2011 festgesetzt.
4. Die Gebührensätze der dezentralen Abwasserbeseitigung werden mit **2,30 EUR pro Kubikmeter für Schmutzwasser aus geschlossenen Gruben, mit 23,00 EUR pro Kubikmeter für Schlamm bzw. Schmutzwasser aus Kleinkläranlagen** und mit 2,30 EUR pro Kubikmeter für sonstiges angeliefertes Schmutzwasser nach § 40 Abs. 2 c) festgelegt. Erfolgt die Abfuhr durch die Stadt oder einen beauftragten Dritten, so wird auf die Abwassergebühr ein Zuschlag von 56,00 EUR pro Kubikmeter erhoben.
5. Den Umrechnungsfaktoren in § 27 Abs. 5 und 6 zur Umrechnung von Trauf- bzw. Gebäudehöhen in Vollgeschosse, sowie der Bestimmung des unteren Höhenbezugspunktes nach § 27 Abs. 9 wird zugestimmt.
6. Aufgrund von § 45 b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) wird die dem Protokoll als Anlage 3 beigefügte Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
 Stadtrat Dr. Heer (krank)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Griesmaier
 Stadtrat Meyer
 Stadtrat Kirnbauer
 Stadtrat Lettrari
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Kopf

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 500/11 zur Abstimmung.

Die geänderte Abwassersatzung liegt dem Protokoll als Anlage 3 bei.

Beschluss:

Dem der Vorl. Nr. 501/11 beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2012 wird zugestimmt.
Die Niederschlagswassergebühr beträgt 0,28 EUR pro Quadratmeter und die Schmutzwassergebühr 1,41 EUR pro Kubikmeter.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
 Stadtrat Dr. Heer (krank)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Kirnbauer
 Stadtrat Lettrari
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Kopf

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 501/11 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 9.3.

TOP 9.1 Einrichtung eines Zentralen Vorl.Nr. 284/11
Veranstaltungsstättenmanagements innerhalb
des neuen Fachbereichs Stadtmarketing,
Tourismus und Veranstaltungsmanagement

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 9.3.

TOP 9.2 Fachbereich Marketing, Tourismus, Vorl.Nr. 319/11
Veranstaltungsstättenmanagement Ergänzende
Vorlage zur Vorl.Nr. 284/11

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 9.3.

TOP 9.3 Einrichtung der neuen Organisationseinheit Vorl.Nr. 587/11
"Stadtmarketing, Tourismus und
Veranstaltungsstättenmanagement
- abweichender Beschluss zur Vorl.Nr. 475/11

Abweichender Beschluss:

1. Der bisherige Fachbereich Film, Medien und Tourismus wird neu strukturiert. Es wird für den Betrieb von Forum, ARENA, Musikhalle und weiteren Veranstaltungslokationen ein zentrales Veranstaltungsstättenmanagement in den künftigen Fachbereich Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement integriert. Die Film- und Medienförderung wird mit der Wirtschaftsförderung des Referats für Nachhaltige Stadtentwicklung zusammengeführt.
2. Die Stelle der Fachbereichsleitung wird auf der Grundlage dieser künftigen Struktur zur Wiederbesetzung auf *der Basis einer leistungs- und ergebnisbezogenen Vergütung* freigegeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Eigenbetrieb für die Organisationseinheit „Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement“ zum *01.01.2013* zu gründen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Der abweichende Beschluss über die Ziffern 2 und 3 wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) beantwortet außerhalb der Tagesordnung und im Sachzusammenhang zunächst die Anfrage von Stadträtin Burkhardt und Stadtrat Hillenbrand, Vorl. Nr. 585/11. Er führt aus, dass der Gemeinderat am 21.07.2010 mit Vorl. Nr. 330/10 Herrn Seigfried zum Geschäftsführer bestellt habe. Dass dies erst jetzt notariell beurkundet worden sei, hänge mit Formalien zusammen, die sich verzögert hätten.

Frau **Roser** (FB Kunst und Kultur) gibt kurzen Überblick über den Stand der Arena hinsichtlich der Belegungszahlen und des Zuschussbedarfs der Arena (s. Anlage 4 zum Protokoll).

OBM **Spec** informiert über den abweichenden Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Vorl. Nr. 475/11. Auf Antrag aus dem Gremium habe man abweichend von der Verwaltungsvorlage beschlossen, zum 01.07.2012 definitiv einen Eigenbetrieb einzuführen. Aus den FBs Finanzen sowie Organisation und Personal sei nun der Hinweis auf die umfangreichen, notwendigen Vorhaben gekommen. Er wolle daher dem Wunsch der Fachbereiche Rechnung tragen und zur Diskussion stellen, ob das Gremium am Termin 01.07.2012 festhalten wolle oder ob auch ein etwas verzögerter Einstieg vorstellbar sei.

Stadträtin **Kreiser** wirbt dafür, heute einen Schlusstrich unter lange Diskussionen zu ziehen und einen „Knopf“ an das Thema zu machen. Grundsätzlich sei man sich einig, dass die Zusammenführung von Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement unter einem Dach Sinn mache. Dafür wolle man die geeignete Organisationsform festlegen und auf Grundlage dieser Festlegung die Leitungsstelle ausschreiben. Die CDU-Fraktion wolle in diesem Zusammenhang ihren Stolz auf die Ludwigsburger Verwaltung ausdrücken, die in vielen Bereichen Vorreiter und Vorbild für andere sei. Allerdings seien die Strukturen in Verwaltungen an sich nicht mit denen am freien Markt zu vergleichen. Als Beispiel führt sie die Beratungsfolge in den Gremien an, die oftmals durchlaufen werden müsse. Die neue Organisationseinheit jedoch müsse sich an einem hart umkämpften Markt durchsetzen. Hierzu bedürfe es eines größeren Handlungsspielraumes und einer größeren Flexibilität, als dies in einer Verwaltung möglich sei. Aus diesen Gründen hätten sie und einige Fraktionskollegen die Ausgliederung in eine GmbH bevorzugt. Hierfür habe es jedoch leider keine Mehrheit gegeben. Dem Vorschlag der Verwaltung, einen Regiebetrieb, sprich einen Fachbereich, zu bilden, könne sie aus den genannten Gründen nicht zustimmen. Hier seien die Grenzen noch enger gesteckt und auch die notwendige Kostentransparenz sei fraglich. Wer am Markt agieren solle, brauche auch das Handwerkszeug des Marktes. Der nun geplante Eigenbetrieb sei organisatorisch und wirtschaftlich aus der Verwaltung ausgegliedert und biete eine gewisse Autonomie. Der Eigenbetrieb sei somit aus Sicht ihrer Fraktion eine vertretbare Lösung. Gerne würde sie auch an einer Gründung zum 01.07.2012 festhalten. Sollte dies auf Grund der notwendigen Vorarbeiten nicht realisierbar sein, könne der Termin auch nochmals diskutiert werden.

Stadtrat Dr. **Bohn** erinnert an die bisherigen Schwierigkeiten der Arena beim Thema Auslastung und bedankt sich bei den städtischen Mitarbeitern, die mit hervorragendem Einsatz auf dem

besten Weg seien, den Flop eines privaten Unternehmens auszugleichen. Dennoch sei der Ruf der Arena in der Öffentlichkeit heute leider noch nicht so gut, wie er hätte sein können und es seien weiterhin erhebliche Anstrengungen notwendig, die Versäumnisse der Vergangenheit zu kompensieren. In der Diskussion um die Organisationsform der neuen Einheit „Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement“ habe sich die SPD-Fraktion bereits sehr früh für eine Eigenbetriebslösung ausgesprochen. Zum einen unterstütze die Fraktion eine verwaltungsinterne Lösung, da die Verwaltung wie zuvor dargestellt durchaus in der Lage sei, es mit einem privatwirtschaftlichen Management durchaus aufnehmen könne. Zum anderen müsse jedoch eine etwas selbstständigere Verwaltungslösung gefunden werden, um noch freier agieren zu können. Auch könnten so die Verantwortlichkeiten klarer dargestellt werden. Seine Fraktion stehe somit hinter dem abweichenden Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 13.12.2011 und wolle diesen auch gerne zum 01.07.2012 umsetzen. Sofern dies nicht möglich sei, könne man nochmals über eine zeitliche Schiebung diskutieren.

Stadtrat **Weiss** verweist darauf, dass man bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 13.12.2011 die Vor- und Nachteile der drei Organisationsalternativen sehr detailliert diskutiert und mehrheitlich die Eigenbetriebslösung zum Empfehlungsbeschluss erhoben habe. Er selbst sei nach wie vor der Meinung, dass die Vorteile einer GmbH deutlich überwiegen. Zur Begründung verweist er auf seine schriftlich an die Presse verteilte persönliche Abwägung (s. Anlage 5 zum Protokoll). Er gehe jedoch davon aus, dass man sich heute mehrheitlich für den Eigenbetrieb entscheiden werde. Zu welchem Zeitpunkt man diesen gründen wolle, darüber könne noch diskutiert werden. Weiter regt er an, bei der Frage der Besetzung der Fachbereichsleitungsstelle den Fraktionsvertretern schon im Rahmen des Auswahlverfahrens und vor der abschließenden Beschlussfassung in den gemeinderätlichen Gremien ein Mitspracherecht einzuräumen.

Anders als ihr Vorredner sieht Stadträtin **Haberzeth-Grau** die meisten Nachteile bei einer GmbH-Lösung. Exemplarisch führt sie Mehrkosten für Rechnungsführung und Versicherungen an. Besonders kritisch sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aber die sehr hohen Kosten für den Geschäftsführer. Die Erfahrung zeige, dass ein hohes Gehalt nicht immer auch Garant für einen entsprechenden Erfolg sei. Auch einem Eigenbetrieb stehe die Fraktion skeptisch gegenüber. Bei einer Ausgliederung aus der Fachbereichsstruktur erhöhe sich die Gefahr, dass man „nebeneinander her arbeite“ und es würden keine stimmigen Pakete aus Veranstaltungsbesuch, Stadterlebnis und Übernachtung geschnürt. Mit allen diesen Alternativen schaffe man also nur teure und ineffiziente Doppelstrukturen. Für die Fachbereichslösung sprächen hingegen die Nutzung von Synergien und die Möglichkeit, „alles aus einer Hand“ anzubieten. Auch innerhalb der Verwaltung könnten kurze Entscheidungswege geschaffen und die Kostentransparenz hergestellt werden. Ihrer Fraktion sein nicht nur das Veranstaltungsstättenmanagement, sondern eine Verknüpfung der Highlights der Stadt Ludwigsburg – des Schlosses, des Museums, der Venezianischen Messe und anderer – besonders wichtig. Dieses Zusammenspiel sei in der Fachbereichslösung in guten Händen. Ihre Fraktion werde daher der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Stadtrat **Heer** schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen von Stadträtin Kreiser vollumfänglich an und ergänzt diese um einen weiteren Aspekt. Nachdem die GmbH-Lösung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nicht mehrheitsfähig gewesen sei, hätten FW-, CDU- und FDP-Fraktionen einen gemeinsamen, abweichenden Beschlussantrag gestellt, der dann auch beschlossen worden sei. Insofern sei auch dies eine gute Lösung, die seine Fraktion mittragen könne. Eine Fachbereichslösung hingegen wolle er an dieser Stelle nochmals in aller Deutlichkeit ablehnen.

Stadtrat **Hillenbrand** spricht sich auch im Namen von Stadträtin Burkhardt für eine Eigenbetriebslösung aus. Für eine GmbH-Lösung habe er aus Kostengründen kein Verständnis. Die Abschaffung der Forums-GmbH habe gezeigt, dass sich hierdurch viel Geld sparen ließe, ohne dass die geleistete Arbeit schlechter werde. Insofern sei er auch erstaunt, dass bei den Haushaltsberatungen um jeden Cent gerungen worden sei, im aktuellen Fall jedoch mit dem

Gedanken gespielt werde, unnötige 80 000 – 100 000 € für Geschäftsführer und Aufsichtsrat einer GmbH-Lösung auszugeben. Insofern hielten er und Stadträtin Burkhardt weiterhin an der Eigenbetriebslösung fest, die gegebenenfalls auch zum 01.01.2013 umgesetzt werden könne. Weiter nimmt er Stellung zu der von Stadtrat Weiss schriftlich vorgelegten Abwägung, die er in einigen Punkten für unausgewogen halte. So fehlten hier beispielsweise die erwähnten höheren Kosten für Geschäftsführer und Aufsichtsrat als Negativ-Punkte einer GmbH. Auch die Aussagen hinsichtlich einer „zu engen Anbindungen an die Stadt und ihre Organe“ kritisiert er. Dies als Vorteil zu bezeichnen, könne er nicht nachvollziehen.

Stadträtin **Lange** hingegen kann einer möglichst engen Anbindung der neuen Organisationseinheit an die Stadtverwaltung nicht zustimmen. Nach ihrer Einschätzung sei das genaue Gegenteil – eine stadtf fernere Aufstellung als GmbH – zielführend. Dies sei eine rein formale Entscheidung, die sie alleine an Hand von Zweckmäßigkeit süberlegungen getroffen habe, und keinesfalls eine negative Beurteilung der bisherigen Leistungen der Verwaltungsmitarbeiter in diesem Bereich. Noch wichtiger als die Formdiskussion sei ihr die Frage nach Inhalten, also danach, wer mit welchem Konzept die Vermarktung der städtischen Veranstaltungsorte vorantreiben und vorhandene Defizite verringern könne. Eine stadtferne GmbH mit hoher Eigenverantwortung des Personals und großen Entscheidungsbefugnissen einer zeitlich befristeten Geschäftsleitung sowie einer Kontrolle durch Aufsichtsrat und Gemeinderat könne dies ihrer Ansicht nach am besten leisten.

Stadträtin **Kreiser** und Stadtrat Dr. **Bohn** regen bezüglich der Stellenausschreibung übereinstimmend an, deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass man zunächst einen Fachbereichsleiter suche, der nach dessen Gründung den Eigenbetrieb übernehmen solle.

Herr **Kiedaisch** weist auf die Probleme hin, die der mit Vorl. Nr. 587/11 vorgeschlagenen Gründung eines Eigenbetriebs zum 01.07.2012 entgegenstünden. Zum einen zeigten die mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung gemachten Erfahrungen, dass die Vorarbeiten zur Gründung eines solchen Betriebs rund 1 Jahr in Anspruch nähmen. Zum anderen trage eine Ausgliederung zum 01.07. eines Jahres, wodurch ein halbes Jahr über den städtischen Haushalt, das zweite halbe Jahr über ein Rumpf-Geschäftsjahr des Eigenbetriebs abgewickelt werden müsste, nicht zur finanziellen Transparenz bei. Problematisch sei weiterhin die voraussichtliche Dauer des Ausschreibungs- und Besetzungsverfahrens für die Leistungsfunktion. Gerne wolle man die neue Führungskraft in die Gestaltung des Eigenbetriebs mit einbeziehen, was bei einer Gründung zum 01.07. aus zeitlichen Gründen nicht möglich sein werde.

Das Gremium erklärt sich daraufhin mehrheitlich mit einer Gründung zum 01.01.2013 einverstanden.

OBM **Spec** nimmt den Wunsch von Stadtrat Weiss zum Anlass und sagt zu, die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung frühzeitig in das Bewerberauswahlverfahren einzubeziehen. In einer der ersten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung im Jahr 2012 werde man die Besetzung der Auswahlkommission festlegen. Weiter schlägt er vor, den Beschlusstext der Vorl. Nr. 587/11 dahingehen zu verändern, dass die Stelle auf „Basis einer leistungs- und ergebnisbezogenen Vergütung“ zur Besetzung freigegeben werden solle. Der Hinweis auf „EG 15“ werde dann entfallen. Insofern könne die Vergütungsfrage innerhalb der Ausschreibung offen gehalten werden. In der Auswahlkommission könne man die Frage der Bandbreite der Vergütung abhängig von der Qualität der eingegangenen Bewerbungen näher beleuchten.

Stadtrat **Heer** schlägt vor, die Bewerber im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zur Unterbreitung von Gehaltsvorschlägen aufzufordern.

Im Anschluss an die Aussprache erklärt OBM **Spec** sein grundsätzliches Verständnis für die Überlegung, das Veranstaltungsstättenmanagement in eine GmbH zu verlagern. Tatsächlich gebe es, begründet durch die zahlreichen „Ausgründungs-Welle“ in den 90er-Jahren, einige Städte, die ihre Veranstaltungsorte in einer solchen betrieben. GmbH-Gründungen in den 90er-Jahren seien

jedoch darauf zurückzuführen, dass man damals bei der dezentralen Ressourcenverantwortung und im Rechnungswesen noch lange nicht den heutigen Stand gehabt habe. Anfang 2004/2005 habe man sich in Ludwigsburg hingegen im Rahmen der strukturellen Einsparungsansätze für den entgegengesetzten Weg entschlossen und als eine der Vorreiter-Städte die GmbH-Strukturen in vielen Bereichen zurückgefahren. Dadurch seien massive Einsparungen erzielt worden, die heute Basis für einen gesunden städtischen Haushalt seien. Dabei habe man auch die Erfahrung gemacht, dass auch innerhalb der Verwaltungsstrukturen bei einem Höchstmaß an dezentralem Verantwortungsspielraum Erfolge erzielt werden könnten. Das Forum arbeite im Kongress- und Belegungsbereich an der Kapazitätsgrenze, die Arena sei nun erfolgreicher als unter Führung einer GmbH. Insofern halte er es für richtig und konsequent, dass man mehrheitlich zum Ergebnis gekommen sei, nicht wieder in eine GmbH-Lösung einzusteigen. Mit der nun vorgeschlagenen Eigenbetriebslösung könne man leben, auch wenn die Verwaltung empfohlen habe, zunächst die Entwicklungen abzuwarten und auf Grundlage der gemachten Erfahrungen dann die Gründung eines Eigenbetriebs zu prüfen.

Anschließend lässt OBM Spec zunächst über die Ziffer 1 der Vorl. Nr. 587/11 abstimmen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Sodann stellt er die Ziffer 3 der Vorl. Nr. 475/11 zur Abstimmung. Diese lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung eines Eigenbetriebs für die Organisationseinheit „Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement“ als Option weiter zu prüfen und auf Grundlage der im Fachbereich gemachten Erfahrungen im 3. Quartal 2012 wieder zu berichten.“

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss hieran ruft OBM Spec die Ziffern 2 und 3 des abweichenden Empfehlungsbeschlusses des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 29.11.2011, Vorl. Nr. 587/11, zur Beschlussfassung auf. Der Beschluss erfolgt unter der Maßgabe, dass der Eigenbetrieb zum 01.01.2013 (statt 01.07.2012) gegründet und die künftige Fachbereichsleitung auf Basis einer leistungs- und ergebnisbezogenen Vergütung entlohnt werden solle.

Der abweichende Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

TOP 10	Übertragung der Internen Revision bei der Städtischen Holding GmbH und deren Tochtergesellschaften Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH und Parkieranlagen Ludwigsburg GmbH nach § 112 Abs. 2 der Gemeindeordnung auf den Fachbereich Revision	Vorl.Nr. 474/11
--------	--	-----------------

Beschluss:

Dem Fachbereich Revision wird die Durchführung der Internen Revision bei der Städtischen Holding Ludwigsburg GmbH und deren Tochtergesellschaften Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH und Parkieranlagen Ludwigsburg GmbH gemäß § 112 Abs. 2 der

Gemeindeordnung übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke (krank)
 Stadtrat Dr. Heer (krank)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 474/11 zur Abstimmung.